



vorwärts

HAMBURGER KURS

SPD-EUROPAKANDIDAT KNUT FLECKENSTEIN IM WAHLKAMPF

Hamburgs SPD-Europakandidat Knut Fleckenstein hat sich in Hamburg im Rahmen des Wahlkampfes für die Europawahl zu einem informellen Treffen mit dem stellvertretenden Bürgermeister von Riga, Janis Dinevics, getroffen. In dem rund einstündigen Gespräch diskutierten beide Politiker über europapolitische Themen. Fleckenstein: „Die zunehmende Deregulierungspolitik muss gestoppt werden, denn der Markt braucht Spielregeln und Grenzen. Zudem sind der Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie eine aktive Politik für ein europäisches Sozialmodell gefordert.“

Zudem forderte Fleckenstein eine Harmonisierung von Steuern in Europa, um Steueroasen trocken zu legen. „Schließlich geht es bei solchen Reformen auch um die demokratische Legitimation von Europa, die durch solche Maßnahmen gestärkt werden muss.“

Dinevics betonte die Bedeutung einer engeren Zusammenarbeit der Städte Hamburg und Riga. „Beide Seite können profitieren, wenn der Gütertransport über den Schiffsweg verstärkt wird. Das ‚short term shipping‘ eröffnet gute Möglichkeiten einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit“, erklärte der lettische Politiker.

Fleckenstein fliegt Ende Januar zu einem Gegenbesuch nach Riga, um an einer europapolitischen Konferenz der Hauptstadt Lettlands teilzunehmen. Dort wird er zu Themen der Sozial- und Wirtschaftsentwicklung und über Unterstützungsmöglichkeit der Europäischen Union einen Vortrag halten.



Knut Fleckenstein im Gespräch mit Janis Dinevics, dem Stellvertretenden Bürgermeister von Riga (Lettland)

AKTION ROTE HAND

Jusos Hamburg-Mitte setzen klares Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten



Mit dem Slogan „Für sie ist es nur ein Spiel...“ ging die Aktion Rote Hand der Jusos Hamburg-Mitte in ihre erste Runde. Mit ihren roten Handabdrücken setzten sie ein klares Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern als Sol-

daten bisher wenig geändert. Der Einsatz Minderjähriger in bewaffneten Konflikten ist für die Jusos Hamburg-Mitte ein unvorstellbares Verbrechen. Kindersoldaten gelten meistens als minderwertige Soldaten. Oftmals werden sie an vorderster Front

bewaffneten Konflikten. Ziel ist es, den UN-Politikern in New York anlässlich des Gedenktages eine Million rote Handabdrücke überreichen zu können, als Appell, der Rekrutierung und dem Einsatz Minderjähriger in bewaffneten Auseinandersetzungen



Leonie Kusch hängt frische Handabdrücke zum Trocknen auf



daten. Das Kick-off für die Aktion Rote Hand auf der Kreisdelegiertenversammlung der Mitte-Jusos war mit über 50 gesammelten Handabdrücken ein voller Erfolg. Mit dem Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention ist bereits ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die Rekrutierung von Kindern gesetzt worden. Dennoch hat sich an der Zahl der Kindersol-

eingesetzt. Die meisten dieser Kinder wurden zwangsrekrutiert, oder mit falschen Versprechungen gelockt. Am zwölften Februar ist der Gedenktag für Kindersoldaten, der so genannte Red Hand Day. Die Jusos Hamburg-Mitte beteiligen sich an dem weltweiten Aufruf, Hand zu zeigen und Farbe zu bekennen – gegen den Einsatz Minderjähriger in

stärker entgegen zu wirken. Den Januar über werden die Jusos Hamburg-Mitte mit ihrer Aktion Rote Hand an einer Vielzahl von Schulen im Kreisgebiet auf die Aktion aufmerksam machen und möglichst viele unterstützende Hände zu sammeln. Unter www.jusos-hamburgmitte.de kann der aktuelle Stand der Aktion Rote Hand eingesehen werden.

2009 WIRD DAS JAHR DER ENTSCHEIDUNGEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst wünsche ich Euch allen ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2009.

Erfolg und Glück können wir angesichts der vor uns liegenden Monate gebrauchen. 2009 wird das

Jahr der Entscheidungen für die SPD. Die Europawahl am 7. Juni, die Bundestagswahl am 27. September, zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlen entscheiden darüber, ob die SPD in Zukunft noch eine Partei ist, die entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Politik in diesem Lande nimmt. Davon, ob die SPD im Bund weiter in der Regierung vertreten ist, wird abhängen, ob wir zurück zu Merkels und Westerwelles Neoliberalismus gehen oder ob der Sozialstaat weiterhin in Deutschland bestehen bleibt.

Auch in Europa ist die Frage zu entscheiden, ob wir ein soziales Europa bekommen oder ob sich das Europa der Konzerne durchsetzt. Die Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, wohin die Reise geht, wenn eine ungehemmte Entwicklung des Kapitalismus sich Bahn bricht. Das gilt es zu verhindern. Denn täuschen wir uns nicht: Trotz aller Krokodilstränen bei den Finanzmanagern und der Tatsache, dass die so tun, als sei die Krise vom Himmel gefallen und nicht durch die unersättliche Gier bestimmter Wirtschaftskreise herbeigeführt, haben sie ihr Ziel der ungehemmten Marktentwicklung nicht aufgegeben. Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist es, hier Schranken einzuziehen und dafür zu sorgen, dass derartige „Roulettespiele“ in der Finanzwelt nicht mehr stattfinden.

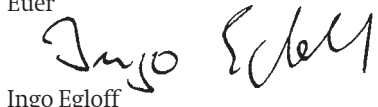
Die Aufgabe, die 2009 vor uns liegt, ist groß. Deshalb ist es wichtig, dass wir zusammenstehen und kämpfen. Manchmal habe ich das Gefühl, dass einigen der Blick auf den eigenen „Bauchnabel“ in der Partei wichtiger ist als die gesellschaftspolitische Aufgabe, die wir als Sozialdemokraten auch für diejenigen wahrnehmen, die sich nicht selbst wehren können. Hier haben wir eine Verantwortung.

Und machen wir uns nichts vor: Bei allem Streit, den wir austragen, stehen wir unter Beobachtung der Öffentlichkeit. Und viele Bürgerinnen und Bürger verstehen unsere internen Auseinandersetzungen nicht, verstehen vor allem nicht, dass wir sie immer auf dem offenen Markt austragen.

Die letzten zwei Monate waren mit vielen Verletzungen und Enttäuschungen verbunden. Das betrifft uns alle. Und wir werden unsere Konsequenzen daraus ziehen, was zukünftige Aufstellungsverfahren angeht. Deshalb hat der Landesvorstand eine Kommission eingesetzt. Aber wir müssen uns jetzt sammeln und für unsere Ziele kämpfen, nämlich die SPD bei den Europawahlen deutlich über 30 Prozent in Hamburg zu bringen und bei der Bundestagswahl so erfolgreich zu sein, wie bei den letzten Wahlen. Ob Frank-Walter Steinmeier Bundeskanzler wird, hängt auch damit zusammen, ob wir wie in den letzten Bundestagswahlen ein Überhangmandat in Hamburg erkämpfen.

Dafür, Genossinnen und Genossen, kämpfe ich, und ich hoffe, viele mit mir zusammen. Gemeinsam werden wir es schaffen.

Euer



Ingo Eglhoff



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

SPD-Frauen erinnern an die ersten Wahlen zur verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung vor 90 Jahren

Am 19. Januar 1919 gingen erstmals Männer und Frauen in Deutschland gemeinsam zu den Wahlurnen. Frauen konnten erstmals vom aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch machen, das sie erst am 12. November 1918 nach langem Kampf erhalten hatten. Von 421 gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung wurden schließlich 37 Frauen gewählt, darunter 22 Sozialdemokratinnen.

Die SPD hatte als erste Partei bereits 1891 die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschiede des Geschlechts in ihr Programm aufgenommen.

Aus Hamburg-Altona zog Louise Schroeder, spätere Oberbürgermeisterin von Berlin, in die Nationalversammlung ein. Hamburg entsandte die 41-jährige Genossin Johanna Reitze: „Obgleich bei der letzten Wahl die weibliche Bevölkerung im Verhältnis zur männlichen 115 Prozent ausmacht, sind im Durchschnitt nur 5 Prozent der Mandate auf Frauen entfallen. Nicht minder groß ist die Enttäuschung all derjenigen weiblichen Wähler,

die durch den Eingang der Frauen in die Parlamente eine allzu rasche Wendung der Dinge erhofft haben. Und in der Tat müssen wir Frauen eingestehen, dass wir bis jetzt nur von einer staatsrechtlichen Gleichstellung sprechen können, die wirtschaftliche und soziale müssen wir uns noch erkämpfen. Aus dem heutigen Recht soll ein Menschenrecht werden.“

Gabi Dobusch, Vorsitzende der SPD-Frauen: „Leider haben diese Worte einer der ersten weiblichen Abgeordneten in Deutschland noch immer eine hohe Aktualität. Auch 90 Jahre danach entspricht der Anteil der Frauen in den Parlamenten keineswegs dem Anteil der Frauen an der Bevölkerung. Und auch wahre Gleichstellung liegt noch in weiter Ferne, wie die extrem hohe Lohndifferenz bei gleichwertiger Arbeit zwischen Männern und Frauen hierzulande deutlich macht.“



Gabi Dobusch

Jahresempfang der AG 60plus

60 plus

SPD

Einladung zum Jahresempfang der Arbeitsgemeinschaft 60 plus
am Montag, 2. Februar, 17.30 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus, Großer Saal · Kurt-Schumacher-Allee 10

Als unser Ehrengast wird
Ortwin Runde
Mitglied des Deutschen Bundestages und Erster Bürgermeister a. D.
zum Thema „Alter und Zukunft – Erfahrungswerte der Generation 60 plus“ sprechen.

Anmeldung:
Telefon 040-28 08 48-0 · Fax 040-28 08 48-18
E-Mail: anmeldung@spd-hamburg.de

VOLKSENTSCHEIDE ENDLICH VERBINDLICH

Volkentscheide in Hamburg sind endlich verbindlich. Nach vielen Jahren erbitterten politischen Streits haben die Christdemokraten eingelenkt und einer Verfassungsänderung zur Stärkung der direkten Demokratie zugestimmt. Mitte Dezember hat die Bürgerschaft den Gesetzentwurf in zweiter Lesung endgültig verabschiedet. Ausgehandelt wurde dieser in den letzten Monaten in einer Redaktionsgruppe zwischen Vertretern der Volksinitiative, in der auch die SPD Hamburg von Anfang an dabei war, und der schwarz-grünen Regierungskoalition. Für die Sozialdemokraten hat Innenexperte Dr. Andreas Dressel die Verhandlungen geführt.

Dressel: „Die CDU übt tätige Reue. Leider passiert dies nicht aus echter Einsicht, sondern aus purer Koalitionsrason. Trotzdem ist der Volkentscheid nun vor Attacken der Regierenden wesentlich besser geschützt als vorher“. Der Sozialdemokrat verwies auch auf frühere CDU-Argumentationsmuster: „Die CDU, die noch vor einem Jahr verbindliche Volkentscheide als Untergang für die parlamentarische Demokratie beschimpft hat, übernimmt nun in diesem Punkt den Vorschlag

von Initiative und Opposition vollständig. Die 365.000 Ja-Stimmen beim Volkentscheid von vor gut einem Jahr waren damit nicht umsonst.“ Wenn zukünftig eine Regierung einen Volkentscheid übergehen will, kann unter einfachen Bedingungen das Volk

ein Referendum erzwingen. Dressel: „So behält das Volk immer das letzte Wort.“ Auch andere Verfahrenserleichterungen sieht die Verfassungsänderung vor. So finden Volkentscheide nun regelmäßig an Wahltagen statt.

Ein kleiner Schönheitsfehler bleibt, dass Schwarz-Grün nicht auf die Forderung der Initiative und der Opposition eingegangen sei, einen echten Verfassungskonsens mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen anzustreben. Dressel: „Früher war es gute Verfassungspraxis, solche grundlegenden Fragen gemeinsam auf den Weg zu bringen. Daran lassen aber wir Sozialdemokraten das richtige Anliegen nicht scheitern.“



Andreas Dressel

Die Hamburger SPD besteht aus vielen Gliederungen - in den Distrikten, in den Kreisen und auf Landesebene. Wir wollen Euch in den nächsten Ausgaben die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften, ihre Arbeit und die Personen, die dahinter stehen, vorstellen. Die Serie wird durch die "Schwusos", der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD, eröffnet.

LESBEN UND SCHWULE IN DER SPD: DIE SCHWUSOS

Von André Winter

Die Schwusos sind eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder automatisch alle lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen Sozialdemokraten Hamburgs umfassen. Natürlich arbeiten die Schwusos nicht mit einem Zwangsouting bei Parteieintritten, und so ist es nicht ganz einfach, die Mitgliederzahl zu bestimmen. Rein statistisch gesehen, müsste etwa jedes zehnte Parteimitglied auch ein Schwuso sein. Das macht in Hamburg dann alleine knapp 1.200 Genossen und Genossinnen. Die Zahl der aktiven Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft beziffert sich jedoch auf 137 Mitglieder, Männer und Frauen zwischen 16 und 72. Womit befassen sich die Schwusos? Die Schwusos sind in erster Linie natürlich auch ganz reguläre Parteimitglieder. Die Schwusos sind überall vertreten und gestalten das sozialdemokratische Deutschland mit. Die Themenschwerpunkte der Arbeit der Hamburger Schwusos sind ähnlich derer der Bundesorganisation, werden aber an die regionalen Bedürfnisse angepasst. Innerhalb der Schwusos in Hamburg haben sich aus diesem Grund Arbeitskreise zu den Themen Bildung, Wohnen und Alter, Kultur, Gesundheit, Jugend, Kampf für Gleichstellung der Lebenspartnerschaft und Presse und Öffentlichkeitsarbeit gebildet. Innerhalb dieser Arbeitskreise gestalten die Schwusos auch wiederkehrenden Aufgaben: Sicherlich kennen die meisten Hamburger den Christopher Street Day (CSD), die jährliche Demonstration für Gleichstellung und Akzeptanz, die Ihren internationalen Ursprung an die Schwulenaufstände gegen Polizeiwillkür von 1969 in New York hat. Neben dem schrill-bunten Demonstrationzug gibt es aber auch zahlreiche Rahmenveranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Rathausempfänge



Der Vorstand der Hamburger Schwusos (v.l.n.r.): Frank Bliese, Lars Vorberger, Florian Pichler, Easy Behrens, Arne Platzbecker, André Winter (nicht im Bild: Christoph Metzner und Mostafa Ghulami).

und Wohltätigkeitsveranstaltungen, die die Schwusos gestalten. Darüber hinaus gibt es folgende Termine im Jahr: Der WeltAIDS-Tag am 01. Dezember mit einem Gedenkgottesdienst in St. Georg und anschließendem Lichtermarsch, die Kranzniederlegung im KZ Neuengamme im Januar und mehrfach jährlich eine Tour durch die schwule Szene, bei der die Schwusos Spenden für andere gemeinnützige Initiativen sammeln. Beim Lange Reihe Straßenfest unterstützen die Schwusos den Distrikt St. Georg bei seinem Infostand, was die Schwusos selbstverständlich gerne auch anderen Distrikten in Hamburg anbieten. Für mehr Informationen zu den Schwusos unter www.schwusos-hamburg.de, E-Mail an info@schwusos-hamburg.de, oder telefonisch bei unserem Kontaktmann in der Landesorganisation, Jörg Schmoll, Tel.: 040/2808-4837. ■



JUSO HOCHSCHULGRUPPE
kompetent • engagiert • durchsetzungsstark

JUSOS ERNEUT STÄRKSTE KRAFT AUF DEM CAMPUS

Bei den Wahlen zum Studierenden Parlament (StuPa) an der Universität Hamburg konnte die Juso Hochschulgruppe die Spitzenposition verteidigen. *Von Sebastian Jonscher, Juso Landesvorstand Hamburg*

Um 4 Uhr morgens, Freitag, dem 16. Januar, stand das vorläufige Endergebnis fest und der zweimonatige Wahlkampf an der Universität fand seinen Abschluss. Die Juso Hochschulgruppe wurde erneut stärkste Liste bei den StudierendenParlamentswahlen und kann ihre federführende Arbeit im AStA fortsetzen. 19 Listen traten insgesamt zur Wahl an, die Jusos werden zukünftig mit sechs Sitzen im Parlament vertreten sein. Besonders erfreulich ist, dass die von der JusoHSG angeführte AStA-Koalition bei den Wahlen ihre Parlamentsmehrheit verteidigen konnte. Unter dem amtierenden AStA-Vorsitzenden Benjamin Gildemeister (Jusos) wurde konsequent das Informations- und Beratungsangebot für die Studierenden erweitert. Mit seinem klaren Kurs gegen die Hochschulpolitik des Senats, vor allem im Kampf gegen die nunmehr schwarz-grünen Studiengebühren, konnte der Universität-AStA politisches Gewicht in Hamburg erarbeiten und wird als Interessenvertretung der Studierenden ernst genommen.

Die Juso-Hochschulgruppe unter ihrer Vorsitzenden Marzieh Bozorgzad konnte in den vergangenen zwei Monaten durch eine hervorragende Kampagne - aus dem gesamten Jusoverband kamen engagierte Helferinnen und Helfer - auf sich aufmerksam machen. Gerade in der Schlussphase des Wahlkampfes konnten an zahlreichen Infoständen, so beispielsweise mit dem Bürgerschaftsabgeordneten Philipp



Geschafft! Die Juso-Hochschulgruppe hat die Wahlen zum Studierendenparlament gewonnen

Sebastian Kühn, noch viele Wählerinnen und Wähler mobilisiert werden. Nach einer kurzen Verschnaufpause werden frühzeitig die Koalitionsgespräche aufgenommen werden, um schließlich im April den neuen AStA im Studierenden-Parlament zu wählen. Die pragmatische und an den Interessen der Studierenden orientierte Politik der Jusos kann fortgesetzt werden. Die Hamburger Sozialdemokratie bleibt an der Universität tonangebend. ■

WETTBEWERB BÜRGERBÜRO

Auszeichnung für das SPD-Bürgerbüro von Carola Veit (SPD)

Nah bei den Menschen, transparent, serviceorientiert, verwurzelt im Stadtteil und stets ansprechbar – so sieht das Idealbild eines



Osterbasteln mit Kindern

SPD-Bürgerbüros vor Ort im Stadtteil aus. Weil die politische Arbeit für und mit den Menschen in Zeiten immer größerer Politikdistanziertheit mehr an Bedeutung zunimmt, rief die Bundespartei einen Wettbewerb der Bürgerbüros aus, bei dem die bürgerfreundlichsten SPD-Büros ausgezeichnet werden sollten. Leichtes Spiel für das Bürgerbüro der Bürgerschaftsabgeordneten Carola Veit in Rothenburgsort: Seit Jahren bestechen Veit und ihre Mitarbeiterinnen Anita Nagel und Martina Hamester durch vor-

bildliche Stadtteilarbeit im Bürgerbüro. Mitten auf dem dortigen Marktplatz. „Ringsherum verglast, damit die Menschen sehen können, dass wir für sie



Das ideale Bürgerbüro: sichtbar und mittendrin

da sind“, erklärt Carola Veit. Die Bürger haben dies offenbar erkannt: Bei der letzten Bürgerschaftswahl haben die Stadtteile Rothenburgsort und Veddel, für den Veit auch zuständig ist, die besten Wahlergebnisse für die Hamburger SPD eingefahren. So gewann das Team um Carola Veit den 2. Preis im Wettbewerb der Bürgerbüros! Herzlichen Glückwunsch!

Weitere Informationen unter:

www.carola-veit.de

www.spd-rothenburgsort.de ■



Carola Veit bei der Eröffnung ihres Bürgerbüros

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Hamburg, Ingo Eglöf
V.i.S.d.P.: Karin Timmermann
Redaktion: Bülent Ciftlik
Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe:
16. Februar 2009
Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

PRESSEMITTEILUNG

Der Info-Point Europa kann seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen

EU-Kommission beauftragt die Europa-Union erneut mit der Trägerschaft
Thomas Stöltling als Landesvorsitzender der Europa-Union einstimmig im Amt bestätigt



Wie die EU-Kommission Ende letzten Jahres Bekanntgab, erhält die überparteiliche Europa-Union Hamburg erneut für weitere vier Jahre die Trägerschaft für den Info-Point Europa (IPE). Der IPE ist die zentrale Anlauf- und Informationsstelle für Bürgerinnen und Bürger in Hamburg zu Fragen der europäischen Institutionen und deren Politik. Der IPE wurde 2001 eingerichtet. Die Trägerschaft muss alle vier Jahre neu beantragt werden. Wegen ihres überzeugenden Konzepts hat die überparteiliche Europa-Union erneut die Trägerschaft bis 2012 von der EU-Kommission zugesprochen bekommen. Der Info-Point befindet sich am Adolphsplatz 1 und hat montags bis donnerstags von 10-18 Uhr und freitags von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Die Entscheidung der EU-Kommission für die Fortführung des Info-Point Europa fällt zusammen mit der Neuwahl des Landesvorstandes der Europa-Union Hamburg. Als Landesvorsitzender wurde Thomas Stöltling (SPD) ebenso einstimmig wiedergewählt wie der stellvertretende Landesvorsitzende, der Bundestagsabgeordnete Manuel Sarrazin.